



Antrag

der Abgeordneten **Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann, Margit Wild SPD**

Konsequenzen aus dem Bericht „Soziale Lage in Bayern 2013“ ziehen III – Jugendberufsagenturen flächendeckend einrichten!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein Konzept für die im Koalitionsvertrag auf Bundesebene zwischen CDU/CSU und SPD vereinbarte flächendeckende Einrichtung von Jugendberufsagenturen vorzulegen. In die Ausarbeitung des Konzepts werden die Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit, Vertreter der verschiedenen Schularten, die kommunalen Spitzenverbände, Vertreter der Jugendsozialarbeit, Vertreter der Wohlfahrtspflege, der beruflichen Bildungsträger sowie der Kammern mit einbezogen.

Begründung:

Der Übergang von der Schule in eine Ausbildung und in ein selbstständiges und selbstverantwortliches Leben ist für viele junge Menschen in Bayern mit massiven Problemen verbunden. Laut dem „Datenreport: Soziale Lage in Bayern 2013“ des Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration waren 2012 im Jahresdurchschnitt 23.770 Menschen unter 25 Jahren in Bayern arbeitslos gemeldet.

Die Landesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit geht in einer mit Unterstützung des Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration erstellten Studie davon aus, dass mindestens 8.300 junge Menschen in Bayern von den Arbeits- und Ausbildungsmarktstatistiken nicht erfasst werden und für die bestehenden Hilfeangebote nicht mehr erreichbar sind. Langfristig drohen massive Auswirkungen auf die physische und psychische Gesundheit sowie die soziale Teilhabe.

Hier kann mit individueller Förderung und Beratung mit möglichst niedrigschwelligem Zugang entgegenwirkt werden. Das Modell der „Jugendberufsagenturen“ bündelt die Leistungen der verschiedenen Sozialgesetzbücher und bietet unter einem Dach umfassende Beratung zu berufs- und lebensspezifischen Problemlagen unter 25-Jähriger. Hamburg hat als erstes Bundesland flächendeckend Jugendberufsagenturen eingeführt. Das „Hamburger-Modell“ findet bundesweit sowie international großes Interesse und wird von Experten und im beruflichen Bildungssystem Tätigen befürwortet. Nach Aussage des Vorsitzenden der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Hamburg Sönke Fock konnte der Verbleib eines jeden Hamburger Schulabgängers im Jahr 2013 dokumentiert werden.

Auch in einigen bayerischen Kommunen, wie in Nürnberg mit dem „Dienstleistungszentrum U25“, werden derartige Ansätze bereits erfolgreich in der Praxis umgesetzt. Der Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD auf Bundesebene sieht die flächendeckende Einrichtung von Jugendberufsagenturen vor.

Die Staatsregierung ist daher angehalten, zeitnah ein Konzept zur Umsetzung dieses Vorhabens vorzulegen.